

# Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 1999/2000

Oliver Schramm<sup>1</sup>

## 1 Einleitung

Die Regierung von Präsident Kim Dae-jung hat im Jahr 1999 und den darauffolgenden Monaten ihre erfolgreiche Außenpolitik der Vorjahre fortgesetzt. Nachdem bisher neben dem Beginn der „Sunshine Policy“ vor allem eine stärkere Annäherung an die „vier großen Nachbarn“<sup>2</sup> im Zentrum der südkoreanischen Außenpolitik unter Kim Dae-jung stand, hat Südkorea in der zweiten Jahreshälfte 1999 sein Profil als Akteur in multilateralen Zusammenhängen<sup>3</sup> deutlich verbessern können. Die erste Hälfte 2000 stand dagegen ganz im Zeichen der innerkoreanischen Annäherung mit dem Gipfeltreffen in Pyongyang als dem herausragenden Ereignis.

In diesem Artikel werden die wichtigsten Entwicklungen der südkoreanischen Außenpolitik von Juni 1999 bis Juli 2000 nachgezeichnet. Im ersten Abschnitt wird die Fortentwicklung der „Sunshine Policy“ bis hin zum Gipfeltreffen im Juni beschrieben. Im zweiten Teil wird die Entwicklung bilateraler Beziehungen zu den wichtigsten außenpolitischen Partnern Südkoreas skizziert. Auch dabei stehen deren Verhältnis zu Nordkorea und die Situation auf der und rund um die koreanische Halbinsel im Vordergrund. Der dritte Abschnitt schließlich ist der multilateralen und regionalen Außenpolitik Südkoreas gewidmet, die nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der außenpolitischen „Charmeoffensive“ Nordkoreas deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Im letzten Abschnitt wird ein kleiner Ausblick auf die Chancen und Möglichkeiten der innerkoreanischen Annäherung und ihrer internationalen Bedeutung vorgenommen.

## 2 Die südkoreanische Nordkoreapolitik

Mit den Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte 2000 hat die „Sunshine Policy“ von Kim Dae-jung ihren so dringend erwarteten entscheidenden Durchbruch erzielt. Dieser war umso wichtiger, als damit auch die Kritik der politischen Opposition und konservativer Kräfte deutlich an Kraft verloren hat. Kim Dae-jung, der zuvor vor allem Geduld predigen und auf den Faktor Zeit setzen musste, hat mit dem historischen Treffen in Pyongyang das Gesetz des Handelns auf seiner Seite. War seine Politik vormals als dem Norden gegenüber zu nachgiebig kritisiert worden und

---

<sup>1</sup> Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

<sup>2</sup> USA, China, Japan und Russland.

<sup>3</sup> Beteiligung an der INTERFET-Mission in Osttimor; erstmals Dreiertreffen mit China und Japan beim ASEAN-Gipfel in Manila.

wiederholt auch über die Frage geheimer Finanztransaktionen in Richtung Pyongyang spekuliert worden,<sup>4</sup> ist diese Kritik nach dem Gipfel im Juni, den ersten innerkoreanischen Ministerkonsultationen im Juli und angesichts der bevorstehenden Familienbegegnungen Mitte August weitgehend verstummt. Der (unerwartet frühe) Erfolg hat die grundsätzliche Linie der Nordkoreapolitik von Kim Dae-jung bestätigt.

Gefördert wurde diese Entwicklung durch die parallele beispiellose diplomatische Offensive Nordkoreas, das seit Beginn des Jahres mit einer Reihe von Staaten des so genannten „westlichen Lagers“ diplomatische Beziehungen aufgenommen hat. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Aufnahme Nordkoreas in das ASEAN Regional Forum, das einzige offizielle außen- und sicherheitspolitische Dialogforum der Region. Bereits existierende Dialogstränge – so etwa mit den USA und Japan – laufen unterdes mit unterschiedlichem Erfolg weiter. Russland hat mit dem Besuch von Staatspräsident Putin in Nordkorea versucht, sich als weiterer Akteur auf der nordostasiatischen Bühne zurückzumelden. Multilaterale Ansätze wie die Korean Peninsula Energy Development Organization oder die Vierergespräche blieben im Berichtszeitraum weit hinter den Erwartungen zurück. Technische Fragen und neue nordkoreanische Forderungen lassen den Zeitplan für die Fertigstellung des Reaktorprojekts in immer weitere Ferne rücken. Die Vierergespräche sind nach dem letzten Treffen im August 1999 zunächst durch den amerikanisch-nordkoreanischen Dialog später durch die innerkoreanische Annäherung vollends zum Erliegen gekommen.

Fest steht jedoch: Die veränderte politische Linie in Pyongyang hat alle überrascht. Über ihre Ursachen wird viel spekuliert. Mit aller Vorsicht betrachtet, ist es dennoch legitim, hier von einer Gezeitenwende auf der koreanischen Halbinsel zu sprechen. Die „Sunshine Policy“ von Kim Dae-jung kann mit Fug und Recht als ihr Hauptauslöser betrachtet werden. Wenn auch eine Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten nicht auf der Tagesordnung steht – friedliche Koexistenz und Kooperation sind vorerst neue Vorzeichen, die automatisch auch Fragen nach künftigen, neuen Rahmenbedingungen in Nordostasien aufwerfen.

## **2.1 Innerkoreanische Beziehungen**

Zu Beginn des Berichtszeitraumes deutete nur wenig auf die bevorstehende tief greifende Veränderung der politischen Atmosphäre auf der koreanischen Halbinsel hin. Im Juni 1999 hatten südkoreanische Marineeinheiten sich mit nordkoreanischen Booten im Gelben Meer ein Gefecht geliefert, bei dem ein nordkoreanisches Boot versenkt, ein weiteres schwer beschädigt worden war. Die wenige Tage später abgehaltenen Staatssekretärskonsultationen in Beijing scheiterten ähnlich wie bereits im Jahr zuvor. Wieder war es in der Frage der Familienbegegnungen und der Bereitschaft zur Fortsetzung eines regelmäßigen Dialogs zu keiner Einigung gekommen.

---

<sup>4</sup> So etwa bei der Ankündigung des Gipfeltreffens am 10. April 2000 – vier Tage vor den Parlamentswahlen.

Die Regierung in Seoul, die das Zustandekommen der Gespräche in Beijing in Geheimverhandlungen mit einer massiven Lieferung von Düngemitteln an den Norden ermöglicht hatte, stand mit leeren Händen da.

Die Kritik der Opposition, die die Haltung der Seouler Regierung als zu sehr auf einen äußerlichen politischen Erfolg fixiert und deswegen als zu nachgiebig beurteilte, nahm noch zu, als kurz darauf eine südkoreanische Touristin im nordkoreanischen Kumgang-Tourismusgebiet von den dortigen Sicherheitskräften mehrere Tage festgehalten wurde. Sie hatte sich mit einer nordkoreanischen Begleitperson auf ein harmloses Streitgespräch über die Systeme in Nord und Süd eingelassen. Freigelassen wurde sie erst, nachdem sie eine vom Norden diktierte umfassende Entschuldigungserklärung unterschrieben hatte. Immerhin wurde bei diesem Zwischenfall auch deutlich, dass nicht nur Hyundai und Seoul, sondern auch der Norden letztlich eine Einstellung der Tourismusfahrten ins Kumganggebiet nicht riskieren wollten. Relativ rasch einigte man sich über neue Verhaltensregeln für die Touristen und beschloss, bei künftigen derartigen Vorfällen eine gemischte Schiedskommission mit der umgehenden Lösung solcher Fälle zu betrauen. Bei einem späteren ähnlichen Vorfall gelang dadurch eine rasche und unauffällige Klärung. Das dabei von den nordkoreanischen Verantwortlichen an den Tag gelegte pragmatische Verhalten ließ deutlich erkennen, dass man nicht gewillt war, aus propagandistisch-ideologischen Gründen auf eine hervorragende Deviseneinnahmequelle zu verzichten.

Die Aussichten für eine innerkoreanische Annäherung verschlechterten sich indes zunächst noch, als nachrichtendienstliche Erkenntnisse veröffentlicht wurden, die Nordkoreaner bereiteten – wie im Jahr zuvor – für September den Testabschuss einer Taepodong-2-Mittelstreckenrakete vor. Die Behauptungen erhärteten sich zwar letztlich nicht, sie führten aber, vermutlich von Nordkorea genauso kalkuliert, zu Verhandlungen zwischen Washington und Pjöngjang, in deren Verlauf schließlich gegen die Aufhebung einiger Wirtschaftssanktionen ein Teststopp-Moratorium vereinbart werden konnte.<sup>5</sup> Die sich daran anschließende Serie amerikanisch-nordkoreanischer Treffen verbannte Südkorea für den Rest des Jahres 1999 in die Rolle eines Zuschauers. Nach außen hin zollte man den Verhandlungen zwischen Washington und Pjöngjang Beifall und unterstrich die enge Kooperation und Abstimmung mit den Amerikanern und Japanern in der sich regelmäßig treffenden trilateralen Kooperationsgruppe. Tatsächlich aber standen nun für eine geraume Zeit vor allem die für die USA wichtigen Themen der nordkoreanischen Nuklear- und Raketenprogramme, also sicherheitspolitische Aspekte, auf der Tagesordnung. Innerkoreanische Fragen wie etwa die drängenden Fragen der Familienbegegnungen oder gemeinsamer Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte wurden nicht weiter vorgebracht.

Allerdings setzten sich die Besuche führender Wirtschaftsvertreter Südkoreas (vor allem von Hyundai und Samsung) in Pjöngjang fort, ohne jedoch viel Konkretes zu ergeben. Resultate wurden erst wieder gegen Ende des Jahres sichtbar, als es mehrfach zu Begegnungen und Besuchen von Künstlern und Sportmannschaften

---

<sup>5</sup> Siehe Abschnitt 3.1.

in den Hauptstädten beider koreanischen Staaten kam. So besuchte beispielsweise eine Basketballmannschaft von Hyundai Pyongyang anlässlich der Eröffnung einer neuen Sporthalle, die Hyundai gebaut hatte. Das Spiel wurde direkt im südkoreanischen Fernsehen übertragen. Bis über die Jahreswende hinaus blieb diese Art der südkoreanischen „Ping-Pong-Diplomatie“ der einzig sichtbare Anknüpfungspunkt zwischen beiden Ländern.

Erst als sich ein Stillstand in den Verhandlungen zwischen den Amerikanern und den Nordkoreanern abzuzeichnen begann und die südkoreanischen Parlamentswahlen im April 2000 näher kamen, ergab sich für die südkoreanische Regierung schließlich die Chance zur Wiederaufnahme des abgerissenen offiziellen Dialogs mit Pyongyang. So begann schließlich jene Entwicklung, die zum historischen Besuch von Kim Dae-jung in Nordkorea führen sollte.

Als Anfangspunkt dieser Entwicklung kann die Europareise von Präsident Kim Dae-jung Anfang März 2000 gesehen werden. Diese führte ihn auch zu einem Staatsbesuch nach Deutschland. Die dabei von ihm an der Freien Universität Berlin am 9. März gehaltene Rede wird als „Berliner Erklärung“ in die koreanischen Geschichtsbücher eingehen. Präsident Kim hatte bewusst Berlin als Ort dieser Rede gewählt, um an symbolischer Stätte und vor den Augen der Weltöffentlichkeit den Nordkoreanern in vier Punkten ein weitgehendes Angebot zu machen. Es beinhaltete nichts weniger als

- den Verzicht Südkoreas auf Herbeiführung einer schnellen Wiedervereinigung,
- das Angebot der wirtschaftlichen Stützung des Nordens durch den Süden,
- die Übernahme der Sicherheitsgarantie für den Norden
- und schließlich die Förderung der Aufnahme des Nordens in internationale Institutionen, darunter auch Weltbank und Internationaler Währungsfonds, eine für das verschuldete und finanziell ausgeblutete Pyongyang durchaus interessante Perspektive.

Das weltweite Echo auf die Berliner Erklärung war enorm und wird auch Kim Jong-il erreicht haben.

Wenig später fanden Geheimverhandlungen zwischen Vertretern Nord- und Südkoreas in Shanghai statt. Kim Dae-jungs ehemaliger Pressesprecher und derzeitiger Minister für Tourismus und Kultur, Park Jie-won, konnte am 10. April 2000 eine gemeinsame Erklärung bekannt geben, in der sich beide Seiten auf ein Gipfeltreffen zwischen Präsident Kim Dae-jung und dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungskomitees Nordkoreas, Kim Jong-il, für Mitte Juni 2000 geeinigt hatten. Zur Vorbereitung dieses Treffens hatte man vereinbart, auf Staatssekretärebene mehrere Verhandlungsrunden in Panmunjom durchzuführen.

Die Nachricht schlug in der südkoreanischen Öffentlichkeit ein wie eine Bombe. Die Opposition vermutete dahinter – vier Tage vor den Parlamentswahlen – ein inhaltsloses Wahlkampfmanöver. Kim Dae-jung habe, so die Vermutung, womöglich gegen die Zahlung einer beträchtlichen Summe Geldes einen neuen „Wahlkampfhelfer“ dazugewonnen. Erneut wurde auch aus konservativen Kreisen

das böse Wort des „Pinky“, des Kommunistenfreundes, für Kim Dae-jung verwendet.

Ob der Norden für seine Entscheidung, dem Gipfeltreffen zuzustimmen, auch Geld erhalten hat, bleibt unklar. Andere ebenso wichtige Gründe kommen für diesen überraschenden Schritt Pyongyangs ebenfalls in Betracht: das Scheitern der nordkoreanischen Bemühungen, Amerikaner und Japaner als neue Geldquellen zu erschließen, ohne gleichzeitig allzu große Konzessionen eingehen zu müssen und damit den Fortbestand des Regimes zu gefährden. Vielleicht war es auch die Erkenntnis, dass die Annäherung an neue internationale Partner und Geldgeber lediglich über Seoul oder zumindest ohne das Einverständnis des Südens nur schwer möglich ist. Ein weiterer Aspekt könnte auch in der koreanisch-konfuzianischen Tradition des Gehorsams des Sohnes gegenüber dem Vater („filial piety“) zu finden sein: Der Vater von Kim Jong-il, Kim Il-sung, verstarb 1994 kurz vor einem geplanten Gipfeltreffen mit dem damaligen Präsidenten Südkoreas Kim Young-Sam. Der Sohn könnte mit diesem Schritt also das Werk des Vaters zu Ende geführt haben wollen. Der Schritt Kim Jong-ils scheint aber auch deutlich zu machen, wie sehr er trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten seine Machtbasis gefestigt zu haben scheint.

Die seit Mitte Mai 2000 im Waffenstillstandsort Panmunjom geführten Verhandlungsrunden verliefen in unerwartet und bisher nicht gekannter freundlicher, ja mitunter herzlicher Atmosphäre. Technisch-organisatorische Fragen und Differenzen wurden aus Nervosität der südkoreanischen Öffentlichkeit häufig als schwieriger dargestellt, als sie es schließlich waren. So mussten beispielsweise die südkoreanische Delegation und die Zahl der sie begleitenden Journalisten reduziert werden. Als man sich schließlich auch inhaltlich auf einen Gesprächskatalog relativ „weicher“ Themen geeinigt hatte, wurden die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Am 13. Juni, einen Tag später als geplant, landete die Maschine von Präsident Kim Dae-jung in Pyongyang, begleitet vor allem von den Hoffnungen der aus Nordkorea stammenden Familien in Südkorea.

## **2.2 Das Gipfeltreffen vom 13. bis 15. Juni 2000**

Das historische erste Gipfeltreffen der beiden obersten Repräsentanten der koreanischen Staaten verlief insgesamt unerwartet erfolgreich. War bereits die Tatsache des Zustandekommens des Treffens als großer Erfolg gewertet worden, so war die überaus herzliche und fast lockere Atmosphäre, in der Kim Jong-il seinen Gast empfing, der entscheidende Punkt des Gipfels, der in der südkoreanischen Öffentlichkeit mit großer Anteilnahme, Erleichterung und vielfach auch innerer Bewegung wahrgenommen wurde. Das inhaltlich-politische Ergebnis des Treffens war eine Vier-Punkte-Erklärung, die in strikt bilateraler Tonlage eher vage Bereiche für Dialog, künftige Zusammenarbeit und Kontakte umreißt (nämlich Wirtschaftskooperation, Familienbegegnungen, regelmäßige Verhandlungen und Wiedervereinigungsmodelle), ohne jedoch konkrete Vorhaben festzuschreiben. Die Erklärung geht insgesamt weiter als die Gemeinsame Erklärung von 1972, fällt aber hinter den Grundlagenvvertrag von 1992 zurück. Sicherheitspolitische Fragen und Fragen der Prolifera-

tion von Massenvernichtungswaffen wurden erörtert, aber nicht bis zur schriftlichen Fixierung gebracht. Weiterhin hat Kim Jong-il eine Einladung zu einem Gegenbesuch in Seoul zu einem noch nicht bestimmten Zeitpunkt angenommen.

Neben den Gipfelgesprächen von Präsident Kim Dae-jung mit Kim Jong-il und dem zeremoniellen Staatsoberhaupt, dem Vorsitzenden der Obersten Volksversammlung, Kim Young-nam, hat es eine Reihe von weiteren, separaten Begegnungen der mitgereisten Fachminister und der Wirtschaftsdelegation mit nordkoreanischen Regierungsvertretern und Experten gegeben. Herausragendes Ereignis des Treffens war jedoch der perfekt inszenierte Empfang der südkoreanischen Delegation und das Auftreten Kim Jong-ils, der sich betont locker, menschlich und zum Teil selbstironisch gab. So bezeichnete er etwa sein persönliches Erscheinen am Flughafen als selbstverständlich. Sein Vater hätte dies auch getan, und im Übrigen sei seine Person gar nicht so wichtig.<sup>6</sup> Er scherzte auch über sein Image als geheimnisvoller, verschlossener Führer. Tatsächlich sei er bereits häufig im Ausland gewesen. Er danke Kim Dae-jung auch daher für seinen Besuch, der es ihm ermögliche, dieses Bild der internationalen Medien von ihm zu korrigieren. Obwohl der Empfang am Flughafen durch Kim Jong-il persönlich der südkoreanischen Regierung unter der Hand angekündigt worden war, hat sein Erscheinen, seine fast ständige Präsenz während des gesamten Besuchs und die herzliche Art, mit der er den Präsidenten begleitet hat, große Überraschung ausgelöst. Er hat sich damit zum ersten Mal auch international als akzeptabler, kompetenter Gesprächspartner präsentiert. Kim Dae-jung war klug genug, ihm diese Rolle gänzlich zu überlassen und hat sich bei den Gesprächen deutlich zurückgenommen.

Das eigentliche politische Ergebnis des Besuchs – die Vier-Punkte-Erklärung vom 14. Juni 2000 – beinhaltet folgende Aspekte:

- Beide Seiten erklären die Annäherung auf der koreanischen Halbinsel und den Prozess einer künftigen Wiedervereinigung zu einer ausschließlich innerkoreanischen Angelegenheit.<sup>7</sup>
- Zwischen den Wiedervereinigungsmodellen des Nordens (3-Stufen-Modell von Kim Il-sung) und des Südens (Berliner Erklärung von Kim Dae-jung am 9. März 2000) bestehen eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Diese will man künftig betonen und in Verhandlungen schrittweise umsetzen. (In verschiedenen Gesprächen am Rande fiel vor allem das Stichwort „lose Konföderation“ als Ziel gemeinsamer Bemühungen.)
- Beide Seiten wollen zügig humanitäre Fragen, wie etwa die der Familienbegegnungen, angehen. Dabei wurde für den 15. August, den Tag der Befreiung Koreas von japanischer Kolonialherrschaft, eine Initiative in diesem Sinne angekündigt. Außerdem soll die Frage der südkoreanischen kommunistischen Langzeitgefangenen, die bereits alle auf freiem Fuß sind, geklärt werden. Ob dies auch eine mögliche Repatriierung einzelner Personen in den Norden beinhalten soll, ist offen.

<sup>6</sup> Zitat Kim Jong-il: „I am not a great figure“.

<sup>7</sup> „[...] through the joint efforts of the Korean people, who are the masters of the country.“

- Zusammenarbeit und Austausch in den Bereichen von Kultur, Sport und Gesundheitspolitik, Umweltfragen und anderen Aspekten sowie Wirtschaftskooperation sollen dazu beitragen, Vertrauen zwischen beiden Staaten und Gesellschaften aufzubauen.

Während die südkoreanische Seite vor allem darauf hoffte, baldmöglichst einen regelmäßigen Dialog mit dem Norden einzuleiten, unterstrich der Norden vor allem die ersten beiden Punkte der Erklärung: So wurde die Frage der nationalen Unabhängigkeit bei der Regelung innerkoreanischer Angelegenheiten besonders unterstrichen, ausländische Intervention abgelehnt und in diesem Zusammenhang die Einstellung der südkoreanisch-amerikanischen Militärmanöver gefordert. Außerdem wurde von den Südkoreanern die „Abschaffung gesetzlicher Regelungen aus der Zeit des Kalten Krieges“ gefordert – ein klarer Verweis auf die seit langem von Pyongyang geforderte Abschaffung des restriktiven Nationalen Sicherheitsgesetzes zur Abwehr nordkoreanischer Agitation in Südkorea. Präsident Kim Dae-jung verteidigte demgegenüber die trilaterale Abstimmung seines Landes mit Japan und den USA. Diese richte sich nicht gegen Nordkorea. Er räumte ein, dass das Nationale Sicherheitsgesetz überholt sei, geändert werden müsse, und kündigte hierzu eine erneute parlamentarische Initiative an.

Über die Gemeinsame Erklärung hinaus gab es keine weiteren konkreten Vereinbarungen. Weder hatte man sich über die Wiedereinrichtung direkter Telefonverbindungen („Hotlines“) zwischen den Regierungen und zunächst auch noch nicht über die Einrichtung von Verbindungsbüros oder die Einrichtung einer Eisenbahnlinie zwischen Pyongyang und Seoul einigen können.

Dennoch: Mit dem dreitägigen Besuch in Pyongyang hat Präsident Kim Dae-jung seine Sonnenscheinpolitik gekrönt. Er ist das erste südkoreanische Staatsoberhaupt, dem es in 55 Jahren der Teilung gelungen ist, seinen Fuß auf nordkoreanischen Boden zu setzen. Dass er dabei auf einen entgegenkommenden Kim Jong-il gestoßen ist, der sein eigenes Interesse am Gipfel wahrgenommen hat, macht den Erfolg komplett. Das große Fragezeichen bleibt weiterhin, welche Folgen dieser Gipfel tatsächlich haben wird. Dies wird wesentlich auch davon abhängen, welche Vorteile sich Kim Jong-il hiervon erwartet. Er hat die Gelegenheit jedenfalls genutzt, sich der gesamten koreanischen Öffentlichkeit und international erstmals als ein Führer mit menschlichem Antlitz zu präsentieren. Sicher ist jedenfalls auch, dass Kim Jong-il mit der Preisgabe eines altbewährten Feindbildes, nämlich dem des südkoreanischen „Marionettenregimes“, ein politisches Risiko eingegangen ist, denn die Legitimation seiner rigiden Militärdiktatur mit ihren materiellen Engpässen speist sich im Wesentlichen aus eben dieser nach innen vermittelten Perzeption einer äußeren Bedrohung. Ob dieser weit reichende Schritt durch schiere wirtschaftliche Notwendigkeit diktiert war oder allgemein ein Zeichen dafür ist, wie sicher sich Kim Jong-il seiner Macht mittlerweile ist, bleibt unklar: Der Ansehensgewinn scheint ihm immerhin das Risiko wert gewesen zu sein.

### 2.3 Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO)

Trotz gewisser Fortschritte bei der Fortentwicklung und Finanzierung des KEDO-Projekts ist der Zeitplan zur Fertigstellung der beiden Leichtwasserreaktoren immer mehr gefährdet, sodass bereits das nach hinten verlegte Datum der Inbetriebnahme im Jahr 2005 nicht mehr erreichbar scheint. Dies ist umso bedenklicher, als die Lösung der Frage der Energieknappheit Nordkoreas von zentraler Bedeutung ist, die auch für die Fortentwicklung innerkoreanischer Projekte unerlässlich erscheint. Allerdings sind die entstandenen Schwierigkeiten nicht allein den Nordkoreanern zuzuschreiben, sondern einer gewissen Inflexibilität auf beiden Seiten.

Zunächst hatte es noch Ende 1999 nach einer Beschleunigung des gesamten Verfahrens ausgesehen, nachdem im Herbst strittige, mit der Finanzierung verbundene Haftungsfragen gelöst wurden und die Japaner die seit dem Raketenstart eingefrorenen Haushaltsmittel nach dem Teststoppmoratorium der Nordkoreaner wieder freigaben.

Am 15. Dezember 1999 wurde der Konstruktionshauptvertrag zwischen der KEDO und dem staatlichen südkoreanischen Energieversorgungsunternehmen KEPCO unterzeichnet. Parallel dazu wurde von der KEDO ein Finanzierungsvertrag mit der staatlichen Export-Import-Bank von Südkorea über die Bereitstellung des südkoreanischen KEDO-Beitrags in Höhe von 3,22 Mrd. US\$ bzw. 70% der geplanten Gesamtkosten abgeschlossen. Mit großer Verzögerung konnte damit der Weg für den eigentlichen Baubeginn geebnet werden, wobei die Rückstände im Zeitplan nur noch schwer aufzuholen sind. Probleme gibt es bei der innerstaatlichen (Re-)

Finanzierung der südkoreanischen KEDO-Beiträge: Der Versuch der Regierung, das Geld über eine Erhöhung der Strompreise einzunehmen, wurde in der Nationalversammlung abgelehnt.

Seit Anfang 2000 zeichnen sich zudem größere Probleme mit der nordkoreanischen Seite ab, die das bereits vereinbarte Vertragspaket wieder aufschnüren möchte: Unter Hinweis auf Arbeitskräfteknappheit (!) forderten die Nordkoreaner eine Erhöhung der vertraglich festgelegten Lohnsumme für ungelernete Arbeiter um das Sechsfache – eine Forderung, auf die die anderen Vertragspartner angesichts des bisher vereinbarten überdurchschnittlichen Lohnniveaus und vergleichbarer Erfahrungen südkoreanischer Firmen nicht eingehen werden können. Tatsache ist allerdings, dass es immer wieder Schwierigkeiten hinsichtlich der Bereitstellung von ausreichend Arbeitskräften auf der Baustelle in Nampo gibt. Häufig ist die Belegschaft nicht vollzählig, weil sie für andere Aufgaben willkürlich abgezogen wird. Probleme bereitet auch die Inkompatibilität der geplanten Anlagen mit dem vorhandenen Stromnetz. Das südkoreanische System arbeitet mit einer anderen Stromspannung als das nordkoreanische. Die südkoreanische Delegation fordert hier kategorisch eine entsprechende Anpassung des Stromnetzes an südkoreanischen Standard – eine Forderung, die sicher politisch diktiert ist, deren Erfüllung von den Nordkoreanern aber genauso kategorisch abgelehnt wird. Eine Lösung dieser schwierigen Fragen ist auch nach mehreren Sitzungen des Executive Board der KEDO nicht in Sicht.

### 3 Wichtige bilaterale Beziehungen Südkoreas

Nach der erfolgreichen „Grand Tour“ von Präsident Kim Dae-jung von 1998/99 haben sich die Beziehungen zu den wichtigen „großen Vier“ zum Teil noch intensiviert (vor allem mit China und Japan). Mit Russland und Japan haben zwei wichtige Nachbarn ihre Bemühungen wieder aufgenommen, zu einer Annäherung mit Nordkorea zu kommen. Dass dies nicht zu Lasten Südkoreas, sondern in enger Kooperation mit Seoul geschah, ist nicht zuletzt das große Verdienst der Außenpolitik von Kim Dae-jung.

Nach den ergebnislosen Verhandlungen der USA mit Nordkorea und der unerwarteten innerkoreanischen Annäherung ist China in den Augen vieler südkoreanischer Beobachter zum heimlichen „Power Broker“ auf der koreanischen Halbinsel avanciert oder hat zumindest eine deutliche Aufwertung seiner Rolle erfahren: Die Vorgespräche für die Vereinbarung des Gipfeltreffens fanden in China statt. Noch vor dem Treffen mit Kim Dae-jung zeigte sich Kim Jong-il nach Jahren einer zurückgezogenen Existenz in bewegten Bildern und munter mit Jiang Zemin plaudernd einer staunenden Weltöffentlichkeit.

Bei allen Verdiensten der USA um die Freiheit und demokratische Entwicklung des Landes wird deren Präsenz im Falle einer künftigen Wiedervereinigung von manchen Kommentatoren als Hindernis gesehen. Präsident Kim hat allerdings wiederholt deutlich gemacht, dass er eine fortgesetzte Truppenpräsenz (ähnlich wie in Europa) auch für den Fall einer Wiedervereinigung des Landes sieht – eine realistische Sicht der Zukunft: Wer anders als die USA sollte auch weiter für die Sicherheit Koreas garantieren? Dennoch trifft die Präsenz der USA einen empfindlichen Nerv in der südkoreanischen Öffentlichkeit.

#### 3.1 Beziehungen zu den USA

Die erste Hälfte des Berichtszeitraumes wurde von dem als „Perry-Prozess“ bezeichneten sicherheitspolitischen Dialog der USA mit Nordkorea dominiert. In Abstimmung mit seinen beiden nordostasiatischen Partnern Südkorea und Japan war vor allem über das Raketenprogramm, Waffenexporte und nukleare Aktivitäten Nordkoreas verhandelt worden. Dieser Dialogmechanismus, der Nordkorea mit einer Mischung aus Anreizen und Sanktionen (*carrots and sticks*) zur Aufgabe seiner Waffenprogramme und -exporte bringen wollte, erlebte seinen Höhepunkt im September 1999. Bei den Verhandlungen in Berlin kündigten die Amerikaner an, einige Wirtschaftssanktionen aufzuheben beziehungsweise zu lockern. Die Nordkoreaner verkündeten im Gegenzug ein später so genanntes Raketenteststoppmoratorium. Dieses solle so lange dauern, wie die Verhandlungen anhielten. Ob allerdings die Nordkoreaner einen Raketentest tatsächlich ernsthaft vorhatten, ist unklar. Fest steht jedoch, dass beide Seiten in der Vereinbarung wenig einsetzten: Der Beginn der Aufhebung der Sanktionen und sogar die Aufhebung selbst waren und sind für die Amerikaner weitgehend kostenlos, eine Tatsache, die auch den Nordkoreanern bekannt sein dürfte. Und die Nordkoreaner selbst haben sich lediglich dazu ver-

pflichtet, nichts zu tun. Offenbar hatten sich beide Seiten vor allem vom Fortgang der Verhandlungen mehr versprochen als letztlich umsetzbar war: die Nordkoreaner große Kompensationsangebote für die Einstellung ihrer Raketenprogramme, die Amerikaner stärkere Konzessionen und Verpflichtungen Pyongyangs.

Im Laufe des Dialogs, der noch fortgeführt wird, haben die Nordkoreaner offensichtlich erkennen müssen, wie wenig von dieser Seite finanziell für sie zu holen war, und stattdessen auf die innerkoreanische Karte gesetzt. Immerhin hatte der Erfolg von Berlin beträchtliche psychologische Wirkung, denn der Schock des Taepodong-2-Abschusses hatte Spuren vor allem in Japan hinterlassen. Das Teststoppmoratorium, das nach Aussagen der Nordkoreaner immer noch in Kraft ist, hatte wichtige Auswirkungen vor allem für die KEDO-Finanzierung (Freigabe eingefrorener japanischer Gelder), es hat darüber hinaus die Wiederaufnahme des japanisch-nordkoreanischen Dialogs ermöglicht und letztlich das internationale Klima rund um Nordkorea so entspannt, dass die Entwicklungen des ersten Halbjahres 2000 überhaupt erst möglich wurden: der erste Schritt Nordkoreas weg vom Status eines „Schurkenstaates“.

Die südkoreanische Nordkoreapolitik, die zunächst ihre Felle durch den vermeintlichen Erfolg der Amerikaner davonschwimmen zu sehen meinte, dürfte letztlich von dieser Entwicklung profitiert haben. Die Nordkoreaner wissen jetzt, wo schon aus Gründen der Staatsräson mehr finanzielle Unterstützung zu erwarten ist: in Südkorea. Da das Ende der Clinton-Administration nur wenige Monate entfernt war, waren sowieso keine großen Schritte mehr zu erwarten, und die neue Regierung in Washington könnte unter Umständen auch eine härtere Linie als die alte vertreten.

Ein zweiter Aspekt, der die südkoreanisch-amerikanischen Beziehungen im Berichtszeitraum geprägt hat, ist die US-Truppenpräsenz im Lande. Ihre rechtliche Grundlage ist im so genannten Status of Forces Agreement (SOFA) geregelt. Dieser 1966 geschlossene und nur einmal (1991) leicht revidierte Vertrag räumt den Amerikanern eine Vielzahl von Privilegien und Sonderrechten ein, die je nach Häufung problematischer Zwischenfälle immer wieder Gegenstand mitunter heftiger Kritik in der südkoreanischen Öffentlichkeit sind. Dabei schwingen oft verletzter Stolz und der Vorwurf mit, die US-Truppen würden sich herablassend und wenig kooperativ gegenüber den südkoreanischen „Hausherren“ verhalten.

Bereits 1999 belasteten erst damals bekannt gewordene Vorfälle aus der Vergangenheit das ohnehin gelegentlich gespannte Verhältnis: ein von US-Soldaten zu Beginn des Koreakrieges an koreanischen Flüchtlingen verübtes Massaker (Massaker von Nogun-Ri). Immer noch bestehen Entschädigungsforderungen koreanischer Vietnamkriegsveteranen an US-Firmen, durch deren Entlaubungsgifte erstere zum Teil starke gesundheitliche Schäden davongetragen haben. Es wurde außerdem bekannt, dass US-Truppen, ohne die Südkoreaner davon in Kenntnis zusetzen, in den 60er Jahren in der entmilitarisierten Zone entlang der Waffenstillstandslinie zu Nordkorea (DMZ) ebenfalls Entlaubungsgifte hatten ausbringen lassen.

Hauptthema ist und bleibt aber die Frage der juristischen Gewalt im Umgang mit von US-Soldaten verübten Straftaten. Allein die Tatsache, dass amerikanische Tatverdächtige nicht den koreanischen Strafverfolgungsbehörden überstellt werden, sondern für die Zeit des gesamten Verfahrens in US-Gewahrsam sind, wird in Korea als demütigende Beschneidung der eigenen Souveränitätsrechte verstanden. Südkorea fühlt sich hier, auch in Bezug auf die Regelung des SOFA etwa im Vergleich zu den Bestimmungen der US-Truppen in Deutschland und Japan, benachteiligt. Korea habe schließlich, so das häufig vorgebrachte Argument, keinen Krieg verloren und die Amerikaner seien keine Besatzungsmacht, sondern Gäste in Korea.

In der ersten Jahreshälfte 2000 wurden neue Vorfälle bekannt, die erstmals eine deutlich antiamerikanische Stimmung offen zutage brachten: Bei Schießübungen der US-Luftwaffe auf einem Übungsplatz an der Westküste wurden durch einen Unfall Häuser eines unmittelbar benachbarten Dorfes (Mahyang-Ri) getroffen. Mehrere Personen erlitten dabei zum Teil schwere Verletzungen. Im Verlauf der weiteren Ermittlungen stellte sich außerdem heraus, dass über Jahre hinweg schwach radioaktive Leuchtspurnmunition verwendet worden war. Die Empörung wuchs noch weiter, als bekannt wurde, dass knapp hundert Liter hochgiftigen Formaldehyds über den Abwasserkreis einer US-Basis in den Han-Fluss gelangt waren, aus dem zu großen Teilen auch der Trinkwasserbedarf der 12-Millionen-Stadt Seoul gedeckt wird. Wochenlang beschäftigte allein dieses Thema die Presse. Bürgerinitiativen wurden gegründet, regelmäßig wurde vor US-Kasernen demonstriert. Forderungen, nun endlich, nach den gescheiterten Verhandlungen von 1996, die „ungerechten“ Bestimmungen des SOFA zu beseitigen, wurden durch Verbände und Regionalpolitiker weitergetragen. Präsident Kim Dae-jung erteilte allen antiamerikanischen Regungen eine deutliche Absage, indem er erklärte, das Sicherheitsbündnis mit den USA sei unauflöslicher Bestandteil der südkoreanischen Sicherheitsarchitektur. Zugleich bekräftigte er aber auch die Notwendigkeit, dort, wo das SOFA zu kritisieren sei, Korrekturen vorzunehmen. Für Anfang August stehen Verhandlungen über das SOFA in Seoul an.

### **3.2 Beziehungen zur VR China**

Die Beziehungen zu China haben sich im Berichtszeitraum deutlich verbessert. Der Besuch des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan vom 10. bis 12. Dezember 1999 und der überraschend vorgezogene Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Chi Haotian vom 19. bis 23. Januar 2000 haben den offiziellen Beziehungen weiter Auftrieb gegeben. Vor allem beim Außenministertreffen in Seoul haben beide Seiten eine Vielzahl bilateraler Begegnungen und einen regelmäßigen Beamtenaustausch auf hoher Ebene vereinbart. Dass dabei die Initiative zu einer Intensivierung der Beziehungen auch von China ausging und China auch bereit war, über Nordkorea und die Situation auf der koreanischen Halbinsel zu sprechen, ist als Novum entsprechend positiv aufgenommen worden.

China hat deutlich gemacht, dass es bereit ist, Äquidistanz im Verhältnis zu beiden koreanischen Staaten nach außen zu demonstrieren, und hat gleichzeitig zu

verstehen gegeben, dass Südkorea der bei weitem attraktivere Partner ist. Damit wird der rasanten Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder Rechnung getragen und gleichzeitig mit der geplanten vorsichtigen Ausdehnung der Beziehungen auf politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit Südkoreas Rolle als Partner für regionale Kooperation hervorgehoben. Dabei ist der südkoreanischen Seite bewusst, dass eine erklärte Normalisierung der bisher speziellen Beziehungen zu Nordkorea keine Abkehr von Chinas traditioneller Nordkoreapolitik bedeutet. Das erklärte Ziel der Wahrung von Stabilität und Frieden auf der koreanischen Halbinsel bedeutet im Klartext nach chinesischer Lesart immer noch den Erhalt des Regimes in Pyongyang.

Aber Südkorea verspricht sich sicherlich von den intensivierten Beziehungen zu China die Möglichkeit, nordkoreanische Provokationen wirksamer als bisher unterbinden zu können. Die Besuche von Kim Jong-il in Beijing kurz vor dem innerkoreanischen Gipfel und von Außenminister Lee Jounng-Binn ebenfalls in Beijing nur kurz zuvor zeigen, wie zentral China jetzt in der Nordkoreafrage für beide Seiten geworden ist.

Für leichte Irritation im südkoreanisch-chinesischen Verhältnis sorgte allerdings der Fall einer nordkoreanischen Flüchtlingsgruppe, die Ende November 1999 zunächst in Russland aufgegriffen wurde, von dort, obwohl vom Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) mit Visa versehen, nach China abgeschoben und schließlich am 30. Dezember 1999 an Nordkorea ausgeliefert wurde. Südkorea hatte an Russland und vor allem an China appelliert, eine Ausreise der Flüchtlingsgruppe nach Südkorea zu ermöglichen, zumindest aber aus humanitären Gründen keine Auslieferung an Nordkorea vorzunehmen. China hat aber mit seiner Reaktion gezeigt, dass es keinerlei Interesse daran hat, die Beziehungen zu Nordkorea zu belasten und mit einer Ausnahmeregelung in der Flüchtlingsfrage einen Präzedenzfall zu setzen, aufgrund dessen es sich plötzlich mit einem massiven Flüchtlingsproblem im eigenen Land konfrontiert sehen könnte. Gegenwärtig sollen sich nach Auskunft in China tätiger Hilfsorganisationen bis zu 300.000 nordkoreanische Flüchtlinge in Nordostchina aufhalten. Ungeschickte Äußerungen des chinesischen Botschafters in Südkorea, der die Abschiebung als humanitäre Geste gegenüber Bürgern eines Drittstaates bezeichnet hatte, haben in Seoul Verärgerung hervorgerufen und – für Südkorea ein Novum – zu vereinzelt Protestkundgebungen gegenüber der chinesischen Politik geführt.

### **3.3 Beziehungen zu Japan**

Die seit 1998 deutlich entspannten Beziehungen zu Japan haben sich im Berichtszeitraum planmäßig positiv weiterentwickelt. Beim zweiten koreanisch-japanischen Ministertreffen am 23./24. Oktober 1999 auf Cheju wurde von beiden Seiten demonstrativ das gute Einvernehmen hervorgehoben. Kontroverse Fragen wie beispielsweise strittige Handels- oder Wirtschaftsfragen oder sensible Bereiche wie z.B. die Fortsetzung der vorsichtigen Annäherung in Fragen der Verteidigungskooperation wurden dabei weitestgehend ausgespart. Die nächste Runde der Minister-

konsultationen ist für die zweite Jahreshälfte 2000 in Japan geplant. Mittlerweile haben die grenzübergreifenden Vorbereitungen für das „Jahr der koreanisch-japanischen Begegnung 2001“ und für die gemeinsame Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 in beiden Ländern begonnen. Der seit langem geplante und von Japan bisher aus politischen Gründen bisher nicht festgelegte Besuch des japanischen Kaisers in Südkorea ist weiter unbestätigt. Die Chancen für ein Zustandekommen könnten sich aber durch das politische Tauwetter auf der koreanischen Halbinsel verbessern.

Die Wiederaufnahme offizieller bilateraler Gespräche zwischen Tokyo und Pyongyang in Beijing im Dezember 1999 wurde in Seoul mit vorsichtigem Optimismus aufgenommen. Schnell zeichnete sich jedoch ab, dass rasche Erfolge nicht zu erwarten waren. Auf nordkoreanischer Seite stehen vor allem die Forderung nach einer formellen Entschuldigung der japanischen Regierung und nach einer finanziellen Kompensation für die von den Japanern während der Besatzungszeit verübten Verbrechen im Vordergrund. Die japanische Seite stellte als Vorbedingung die Fahndung nach entführten japanischen Staatsangehörigen in Nordkorea in den Raum. Bis zu zehn vermisste Personen hat in den 70er Jahren vermutlich der nordkoreanische Geheimdienst verschleppt, um an Informationen über Japan heranzukommen und sich japanische Sprachkenntnisse zu verschaffen. Nach ersten ergebnislosen Vorgesprächen der Rotkreuzgesellschaften in Beijing sind die Verhandlungen ab Mai 2000 von Nordkorea abgebrochen worden. Sie sollen aber zu einem späteren Zeitpunkt vermutlich im Sommer wieder aufgenommen werden.

### **3.4 Beziehungen zu Russland**

Nach dem erfolgreichen Staatsbesuch von Kim Dae-jung in Moskau im Mai 1999 gab es keine nennenswerten Entwicklungen in den Beziehungen zu Russland. Außer dem Besuch des russischen Verteidigungsministers Sergejew Anfang September 1999 (Rüstungskoooperation, U-Boote) gab es keine weiteren hochrangigen Begegnungen im Berichtszeitraum.

Die beim Staatsbesuch definierten Gebiete engerer bilateraler Kooperation sind kaum vorangebracht worden (Erschließung russischer Rohstoffe, Sonderwirtschaftszone Nakhodka u.a.). Auch die schwierige Frage der Behandlung der russischen Schulden ist weiter ungelöst. Russland zahlt zur Zeit in kleinen Schritten seine Schulden mit Rohstoffen an Südkorea zurück. Die von Kim Dae-jung in Moskau vorgeschlagene Intensivierung des Warentauschhandels wurde bisher nicht umgesetzt.

Von einiger Bedeutung für die südkoreanische Außenpolitik war die Unterzeichnung des seit Mitte März 1999 paraphierten neuen Freundschaftsvertrags Russlands mit Nordkorea am 2. Februar 2000 durch Außenminister Iwanow in Pyongyang. Die frühere Beistandsklausel ist einer Konsultationsklausel gewichen. Eine engere Zusammenarbeit im wirtschaftlich-technologischen Bereich wurde allgemein vereinbart. Russland versucht mit seiner aktiveren Nordkoreapolitik vor allem zwei Ziele zu verfolgen: die zu Beginn der 90er Jahre abgekühlten Beziehun-

gen zu Pyongyang wieder zu beleben, nicht zuletzt, um auch regional in sicherheitspolitischen Fragen wieder mehr Einfluss zu gewinnen. Der Stillstand in den Vierergesprächen, die Russland wie Japan ausschlossen, bietet Gelegenheit, stärker als zuvor einen Platz am Tisch für Russland einzufordern.

Zugleich hat der spektakuläre Putin-Besuch vom 17. bis 19. Juli 2000 in Pyongyang, dem ein Besuch in Beijing vorausging, gezeigt, dass man das Unbehagen Chinas über die Raketenabwehrpläne der Amerikaner für sich nutzen möchte. So beinhaltet auch die Gemeinsame Erklärung von Putin und Kim Jong-il eine klare Verurteilung der neuen geplanten Waffensysteme, die als Angriffswaffen definiert werden. Darüber hinaus beinhaltet die russisch-nordkoreanische Erklärung auch noch eine Absage an jedwede Intervention „aus humanitären Gründen“. Dieser Punkt dürfte sich vor allem auf die virulente Problematik der hunderttausende nordkoreanischer Hungerflüchtlinge in Nordostchina beziehen.

Interessant ist weiter, dass Russland trotz seiner Annäherung an Nordkorea strikt an seiner relativ engen Partnerschaft zu Südkorea festhält. Für September 2000 hat Präsident Putin sich zu einem Besuch in Seoul angesagt. Nach dem einsetzenden Tauwetter in den innerkoreanischen Beziehungen fällt dieser Schritt natürlich wesentlich leichter. Größte Schwäche der russischen Außenpolitik im Pazifikraum dürfte aber nach wie vor seine wirtschaftliche Schwäche sein, die ihm über symbolische Gesten hinaus nur wenig echten Spielraum lässt. An dieser Tatsache wird sich auch mittelfristig nur wenig ändern. Über Sonderbeziehungen zu Nordkorea, ähnlich wie China sie unterhält, verfügt Russland nicht, noch ist es gewillt oder in der Lage, sich durch großzügige Geschenke in diese Richtung zu bewegen.

### **3.5 Beziehungen zu Staaten der Europäischen Union**

Südkorea unterhält traditionell enge, vor allem wirtschaftlich dominierte Beziehungen zur Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Diese sind periodisch – so auch im Berichtszeitraum – immer wieder von Handelsfragen und Fragen der Marktöffnung getrübt. Die Koreaner werden dabei für Marktzugangsbeschränkungen (z.B. Importautomobile) und für ihre Dumping-Politik (beispielsweise Schiffsbau) kritisiert. Die Europäer stehen wegen zu strenger Richtlinien und Normen (z.B. Abgasrichtlinien, Stichwort „Festung Europa“) in der Kritik.

Im politischen Bereich gibt es vor allem seit Beginn des ASEM-Prozesses zunehmend vielfältigere Anknüpfungspunkte. So hatte sich Präsident Kim Dae-jung bei seiner Europareise im März 2000 z.B. für die Einrichtung eines europäisch-asiatischen „Daten-Highways“ ausgesprochen, welcher entsprechende Netzwerke auf beiden Kontinenten in beiden Richtungen versorgen soll. Auf Interesse stößt auf koreanischer Seite immer wieder auch der Erfahrungsschatz Europas im Bereich multilateraler Kooperation und Konfliktlösung. Dabei wird vor allem das Fehlen eines fest institutionalisierten sicherheitspolitischen Dialogforums schmerzlich vermisst. Eine asiatische KSZ/OSZ wird noch lange Zukunftsmusik bleiben. Gerade für Korea aber, als „Garnele unter Walen“, wäre ein solches Forum von besonderer Wichtigkeit, um seiner Stimme als „Mittelmacht“ in Nordostasien Gehör zu ver-

schaffen. Ähnlich wie Deutschland in der Zeit der Teilung ist Korea bestrebt, im Multilateralismus einen Ausweg aus dem vielfältigen Dilemma seiner geografischen Lage zu finden. Südkorea ist daher z.B. im ASEM-Prozess bemüht, auf eine größere Institutionalisierung multilateraler Regeln hinzuwirken, muss aber gleichzeitig Acht geben, die großen Nachbarn und vor allem China damit nicht zu verärgern – ein schwieriger Spagat.

In Bezug auf die südkoreanische Nordkoreapolitik hat sich die EU zu einem zunehmend wichtigeren Partner weiterentwickelt. Die Avancen Nordkoreas gegenüber der EU und einzelnen Mitgliedstaaten werden in Seoul nicht ungerne gesehen. Im Gegenteil, gerne wünschte man sich ein noch aktiveres Engagement der europäischen Partner in Nordkorea. Südkorea hatte z.B. nichts gegen geplante Begegnungen des nordkoreanischen Außenministers mit seinen europäischen Amtskollegen am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen 1999 einzuwenden. Dieser Vorstoß Pyongyangs wurde allerdings, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von den meisten EU-Partnern mangels diplomatischer Beziehungen abgelehnt. In den Schlussfolgerungen des Rates vom Juli 1999 und in der zweiten Runde des politischen Dialogs der EU mit Nordkorea im November 1999 in Brüssel überraschte die nordkoreanische Delegation zwar mit ihrer weitgehend ideologiefreien, pragmatischen Gesprächsführung, eine Annäherung der Positionen war jedoch nicht zu erkennen: Pyonyang war und ist weiterhin zu keinerlei Zugeständnissen in Fragen von Menschenrechten oder einer weiteren Öffnung seiner Gesellschaft (z.B. hinsichtlich der Beobachtung der Durchführung von Hilfsprojekten) bereit. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Italien und Nordkorea am 4. Januar 2000 und in deren Folge eine Reihe von Delegationsreisen auch anderer EU-Partner nach Pyonyang haben allerdings zu atmosphärischen Verbesserungen geführt.

Der innerkoreanische Gipfel wurde von Seiten der EU mit recht knappen Worten bedacht. Hier hatte man auf südkoreanischer Seite mehr erwartet. Gleiches gilt für die Fortsetzung der EU-Beiträge für das KEDO-Projekt. Südkorea sieht zu Recht in der EU und ihren Mitgliedern Mitspieler, die sowohl finanziell interessant als auch politisch unbelastet genug sind, um durchaus Einfluss in Pyonyang auszuüben. Entsprechend stark umwirbt Seoul auch die EU, sich künftig stärker als bisher zu engagieren. So entsandte Südkorea im Juli zwei Emissäre in die großen europäischen Hauptstädte, um den dortigen Regierungen Ergebnis und Bedeutung des Gipfeltreffens in Pyonyang zu erläutern. Die komplizierte Entscheidungsstruktur „der Gemeinschaft der 15“ und die Tatsache, dass Nordkorea für die EU nur einer unter mehreren weit entfernten Krisenherden ist, entgeht koreanischen Beobachtern dabei aber gelegentlich.

Seouls Aufforderung an die EU, sich so stark wie möglich zu engagieren – unter der einzigen Bedingung, sich dabei eng mit Südkorea abzustimmen – geht daher auch noch weitgehend ins Leere. Mit Dankbarkeit wurde aber registriert, dass alle europäischen Gesprächspartner in ihren Treffen mit Vertretern Nordkoreas einen Dialog des Nordens mit dem Süden angemahnt haben. Zur Zeit erwartet man als Ergebnis eines beginnenden Revisionsprozesses innerhalb der EU einen sichtbare-

ren Beitrag der EU als bisher. Vieles wird gleichzeitig davon abhängen, wie erfolgreich die Regierung in Seoul selbst mit Pyongyang verhandelt.

## **4 Multilaterale und regionale Außenpolitik**

Südkorea hat vor allem die zweite Jahreshälfte 1999 dazu genutzt, sich als regionaler Partner zu profilieren, der bereit ist, Verantwortung für Frieden und Sicherheit (siehe Abschnitt 4.1 zum Engagement in Osttimor) zu übernehmen, und sich als Vermittler in schwierigen regionalen Fragen versteht und darüber hinaus Initiativen fördert, die zunächst in weicheeren Themen multilaterale Problemlösungen anbieten (siehe Abschnitt 4.2 zum ASEAN+3-Gipfel in Manila).

### **4.1 Südkoreas Einsatz in Osttimor**

Südkorea beteiligt sich nach langer innenpolitischer Debatte seit Anfang Oktober 1999 an der internationalen Friedenstruppe in Osttimor. Die insgesamt 420 entsandten Soldaten stellten von Beginn an nach Australien und Neuseeland das drittgrößte Kontingent. Zum ersten Mal seit dem Vietnamkrieg wurden koreanische Soldaten wieder im Ausland eingesetzt. Südkorea hat sich mit dieser innenpolitisch sehr umstrittenen Maßnahme (Gefährdung der ca. 15.000 Personen zählenden koreanischen Kolonie und der massiven Wirtschaftsinvestitionen in Indonesien) sowohl als „asiatisches Gesicht“ der INTERFET präsentiert, als auch seinen Anspruch als verantwortungsbewusster Partner untermauert, der nicht nur wirtschaftliche Interessen vertritt, sondern sich auch für Frieden und völkerrechtliche Selbstbestimmung einsetzt. Seoul hat damit nolens volens auch ein klares Signal für das Recht auf Intervention zugunsten des Schutzes elementarer Menschenrechte gesetzt.

### **4.2 ASEAN + 3-Initiative**

Losgelöst von den inhaltlich eher geringen Fortschritten beim dritten informellen ASEAN-Gipfel vom 27. bis 28. November 1999 in Manila, ist es Südkorea doch gelungen, sich gegenüber einer Anzahl wichtiger Länder in Südostasien als verantwortungsbewusster Regionalpartner (Osttimor) zu präsentieren, der sich mit seinem wirtschaftlichen und politischen Gewicht für Menschenrechte (Myanmar), Demokratie und Marktwirtschaft einsetzt und sich über die besonderen Beziehungen zu China und Japan hinaus außerdem immer wieder für eine engere Zusammenarbeit in der gesamten ostasiatischen Region engagiert.

Zudem hat sich Südkorea im nordostasiatischen Raum in Manila zum ersten Mal als nahezu gleichrangiger Partner zwischen den beiden Hegemonialmächten China und Japan zeigen können. Auf Initiative Japans war es am Rande des Gipfels zu einem historischen Dreiertreffen dieser Länder gekommen. Für Südkorea war dies eine Gelegenheit, sich mit eigenen Belangen – auch in der Nordkoreapolitik – Gehör

zu verschaffen. Das Dreiertreffen war zunächst von China abgelehnt worden mit der Befürchtung, Nordkorea könne sich dadurch bedroht oder isoliert fühlen. Politische und vor allem Sicherheitsfragen wurden daher bewusst ausgeklammert und allein Fragen der wirtschaftlichen Kooperation besprochen.

Folgende Erkenntnisse leiten die Seouler Regierung in ihren Aktivitäten in diesem Bereich:

- Im ostasiatischen Raum entwickelt sich trotz aller Unterschiede zunehmend ein regionales Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Trennung zwischen Nordost- und Südostasien verliert an Bedeutung.
- Das trilaterale Treffen China-Japan-Korea hat das Potential, ausgehend von der Behandlung wirtschaftlicher Fragen, eine engere Kooperation in Nordostasien entstehen zu lassen. Als ein Hauptproblem einer besseren Zusammenarbeit zwischen China und Japan sieht man in Korea aber immer noch die unbewältigte japanische Vergangenheit. Hier sei Deutschland weiter Vorbild. Ob und wie Korea eine Vermittlerrolle spielen kann, ist fraglich.
- Die asiatische Finanzkrise und Osttimor haben aufgezeigt, wie dringend eine engere regionale Zusammenarbeit gebraucht wird, um Krisen künftig selbst und ohne Hilfe meistern zu können und nicht auf Lösungen durch außerregionale Kräfte angewiesen zu sein.

## **5 Ausblick**

Die Außenpolitik von Kim Dae-jung hat nach zwei Jahren geduldiger und konsequenter Arbeit das Herzstück gewonnen, das ihr fehlte – einen Dialog mit Pyongyang. Alles, was in Seoul außenpolitisch und international gedacht und arrangiert wird, stand und steht unter dem Vorzeichen der Teilung der Nation – im Guten wie im Schlechten: So sehr die Wiedervereinigung des Landes Wunsch und Traum aller Koreaner ist, so sehr wird sie auch gefürchtet. Ein plötzlicher Zusammenbruch des Nordens mit allen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen dürfte einen erneuten militärischen Angriff Pyongyangs auf den Süden als Schreckensvision inzwischen deutlich verdrängt haben. Umso schwieriger war die Situation für Kim Dae-jung, alle seine vorherigen Gesprächsbemühungen scheitern zu sehen, in die Rolle des Zuschauers verbannt zu sein, eine Tatsache, die ihm vorübergehend auch innenpolitisch durchaus zugesetzt hat.

Entsprechend groß muss nun die Genugtuung über das sein, was sich seit dem historischen Gipfel in Pyongyang entwickelt: Die ersten innerkoreanischen Ministerkonsultationen vom 29. bis 31. Juli in Seoul haben die Dynamik des Gipfeltreffens vom Juni fortgesetzt, und erfolgreiche erste Schritte zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung wurden unternommen. Derartige Konsultationen sollen künftig regelmäßig stattfinden. Die nächsten Konsultationen sind für Ende August in Pyongyang vereinbart worden. Beide Seiten wollen ihre ehemaligen Verbindungsbüros in Panmunjom wieder eröffnen. Für Mitte August sind Familienbegegnungen in beiden Hauptstädten geplant. Eine Eisenbahnlinie, die Nord- und Südkorea ver-

binden, ja bis zur chinesischen Grenze (Shinuiju) reichen soll, soll gemeinsam wiederhergestellt werden.

Kein Zweifel: Das innerkoreanische Klima erwärmt sich. Noch kurz zuvor undenkbar Fragen werden mit erstaunlicher Leichtigkeit gelöst, Projekte vereinbart. Gewiss: Noch hat sich Nordkorea auf keinerlei schwierige, weil einen fundamentalen Wandel erfordernde Fragen eingelassen, noch hält die Politik der Abschottung der eigenen Bevölkerung von der Außenwelt an. Dass die neue Strategie noch keinen echten Systemwechsel in Nordkorea bedeutet, ist klar. Dennoch sollte die Bedeutung aller sich anbahnenden Kontakte und Gespräche für die allmähliche Öffnung des abgewirtschafteten Nordens nicht unterschätzt werden. Sollte das Regime in Pyongyang diese Entwicklung nicht wieder umkehren (können), so zeichnet sich bei weiterem Fortgang der Beginn eines großen politischen Zeitalters auf der koreanischen Halbinsel ab.

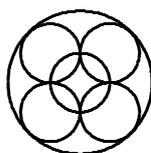
Patrick Köllner, Hrsg.

# KOREA 2000

**POLITIK  
WIRTSCHAFT  
GESELLSCHAFT**

mit  
Beiträgen  
von

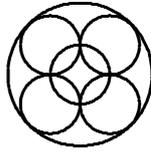
Tim Goydke  
Huh Young  
Kim Man-su  
Patrick Köllner  
Heinrich Kreft  
Peter Mayer  
Park Byeung-Kwan  
Manfred Pohl  
Oliver Schramm  
Peter Tergeist  
Roland Wein



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG

ISSN 1432-0142  
ISBN 3-88910-243-3  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2000

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Textverarbeitung: Siegrid Woelk  
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: [duei-dok@uni-hamburg.de](mailto:duei-dok@uni-hamburg.de)).